

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse  
„Tageblatt“, Riesa.

Geschäftsstelle  
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa

Nr. 274.

Donnerstag, 25. November 1897, Abends.

50. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla oder durch unsre Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Kennung ist die Nummer des Ausgabetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewicht.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle Rastenstrasse 59. — Für die Redaction verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

Anzeigen für das „Riesaer Tageblatt“ erütteln um bis spätestens Vormittags 9 Uhr des jeweiligen Ausgabetages.

Die Geschäftsstelle.

Eine Übersicht der auf den Grundstücken lastenden Ansprüche und ihres Haushaltsschlusses kann in der Gerichtsschreiberei des unterzeichneten Amtsgerichts eingesehen werden.  
Riesa, am 27. September 1897.

Königliches Amtsgericht.

Aff. Sächs.

## Zwangsvorsteigerung.

Die im Grundbuche auf den Namen Ernst August Lehmann eingetragenen Grundstücke

- Fol. 537 des Grundbuchs für Strehla — das Schiekhäuschen genannt — bestehend aus einem Wohnhause — in dem das Schankgewerbe betrieben worden ist — Tanzsaal, Regelbahn und Schiekhalle, Nr. 256 F des Brandkatasters und Nr. 521 b des Flurbuchs, nach letzterem — 53,1 a groß, belegt mit 177,57 Steuerinheiten, geschäft auf 29600 Mark — Pf. und
- Fol. 549 des Grundbuchs für Strehla — Feld — Nr. 526 des Flurbuchs, nach letzterem — 15,9 a groß, belegt mit 8,86 Steuerinheiten, geschäft auf 1000 Mark — Pf. sollen als ein zusammengehöriges auf 32600 M. geschätztes Besitzthum im hiesigen Amtsgerichte zwangswise versteigert werden und ist

der 4. Dezember 1897, Vormittags 10 Uhr  
als Versteigerungstermin.

sowie

der 16. Dezember 1897, Vormittags 10 Uhr  
als Termin zu Verkündung des Vertheilungsplans  
abberaumt worden.

## Vom Landtag.

Die Zweite Kammer setzte gestern die allgemeine Vorberatung über den Staatshaushaltsetat fort. Zunächst sprach Abg. Niethammer (nat.-lib.). Derselbe betonte, daß die Kammer daran zu seien habe, die bedrängten Volksklassen von den Steuern zu entlasten, doch sei die Arbeitervölkerung nicht so schlecht daran, als wie es oft geschildert werde. Er wolle keine sozialdemokratische Debatte hier anschneiden, doch müsse er sich gegen die Ausführung des Abgeordneten Goldstein wenden. Die Ausgabe im Eisenbahn- und Forststat. seien doch eigentlich nur für die Arbeiter. Der Herr Redner findet die Neuerungen der Arbeiter in der Presse für bedenklich, denn eine solche Agitation erregt Mißtrauen und man sieht den Forderungen dann nicht mehr mit den nötigen Sympathien gegenüber. Die sozialdemokratische Partei sei mit Klagen und Versprechungen nicht sparsam und könne vielleicht immer sehr wenig halten. Es sei bedauerlich, daß sich die Sozialdemokratie immer nur als die Vertreterin der Arbeiter ausspiele. Auch seine Partei vertrete die Interessen derselben, aber vielleicht in aufrechter Weise. Die Sozialdemokratie lebe nur von der Uneinigkeit der übrigen Parteien. Die Dotationsfrage für den Prinzen Albert sehe er von dem Standpunkte aus an, daß er jede Gelegenheit gern ergreife, seine Abhängigkeit von den Thron zu beweisen. Bezüglich des Eisenbahnpersonals meinte Redner, dasselbe gezielt durch Geschicklichkeit, durch Pflichttreue und durch guten Willen aus und nirgends werden mehr Vorlehrungen über die Sicherheit des Betriebes geschehen als in Sachsen, und er hoffe auch, daß dies in Zukunft geschehen möge. Er berührte dann noch verschiedene Vorlagen des Staats und betonte u. a., daß die schwäbischen Eisenbahnen wie eine Laus im Pelze seien.

Abg. Bönnig (nat.-lib.) hält es nicht für richtig, daß der Abg. Dr. Mehnert betont habe, man müsse alle Ausgaben beschränken, weil es jetzt der Landwirtschaft schlecht gehe. Es sei ein Irrthum, wenn man glaube, daß sich die Industrie in einem Aufschwunge befindet. Es giebt eine ganze Kette Industrieller, deren Lage keine rostige sei, doch habe die Industrie nicht die Gewohnheit, zu klagen, wenn einmal schlechter Geschäftsgang eintrete. Der Herr Redner tritt dann noch für die Verbesserung der Flußläufe ein.

Abg. Fräßdorf (soc.) wendete sich gegen einige Ausführungen des Abg. Dr. Mehnert und betont, daß die Sozialdemokratie noch nie eine Forderung habe fallen lassen, die sie im Landtage zu vertheidigen versprochen habe. Er nehme für sich das in Anspruch, daß Niemand die Arbeitervölkernisse in Sachsen besser kenne, als er. (Oho!) Er bedauerte es, daß man in Sachsen noch so viel indirekte Steuern zahle. Weiter verlangte die sozialdemokratische Fraktion eine bessere Progression der Steuern. Auch die Konsumvereinsteuer sei eine eigentliche indirekte Steuer, welche er für eine ungerechte halte. Ferner erklärte sich der Redner für eine Vermögens- und Einkommenssteuer.

Abg. Rollfisch (nat.-lib.) befürwortet die Reform der Güter- und Personentarife als eine dringliche. Die hier von anderen Bundesstaaten gemachten Versuche mächtten Sachen

zur Nachfolge anzusehn. Natürlich müsse eine solche Reform eine einheitliche und in Deutschland allgemeine sein. Er empfiehlt der Königlichen Regierung eine solche Reform, die auf Aufhebung des Freizeitpaa., Heraussetzung der Gehaltstage und aller Personentarife auf mindestens die Hälfte hinzufließen müsse, zu dringender Befürwortung bei anderen Bundesregierungen.

Abg. Uhlemann (cons.) hält das größte Bedenken gegen eine Gehaltserhöhung der Lehrer an den Mittelschulen aus Sorge vor den unausbleiblichen Konsequenzen. Vor zwei Landtagen habe man erst eine gleichmäßige Gehaltstaffel aufgestellt, die jetzt schon wieder durchbrochen werde. Infolgedessen würden auch andere Kategorien Forderungen erheben. Das Wohlbeinden des Landes sei aber jetzt kein derartiges, um mit solchen Erhöhungen vorzugehen. Gegenüber dem Abg. Fräßdorf wiss. Redner darauf hin, daß die Gehaltsschlüsse der selben sich durch die gesamte volkswirtschaftliche Entwicklung, die Versicherungs- und Wohlfahrtsgesetze, wesentlich verbessert hätten, jedenfalls eine viel bessere sei, als die der kleinen Landwirthe. Wenn aber der Leipziger Mauren nicht mehr für 50 Pf. die Stunde arbeiten wolle, so sei das eine Sünde. Die Sozialdemokratie beläge sich immer, daß sie keine politischen Rechte mehr habe; auf der anderen Seite aber wolle sie keine Leistungen übernehmen. Wer soll dann die Kosten tragen? Das Verlangen nach härterer Arbeitsetat sei auch nur Agitation. Man möge doch daran denken, daß Dienstleute, die vielleicht nach zehnständiger Arbeitzeit einer kurzen Erholung nachgingen, ebenso die Sorge mit ins Bett nehmen, wie sie weiterhin für ihre Arbeiter Brot zu schaffen hätten. (Sehr richtig!) — Der Redner beantragte schließlich, die Kammer wolle beschließen:

„Vom ordentlichen Staatshaushaltsetat die Abteilung C (Allgemeine Staatsbedürfnisse), Capitel 22 bis 24 (Civilistie, Apanagen etc.) und 27 bis 31 (Domänenstat., Landtagsstiften, stenographisches Institut), die Abteilung D, Capitel 32 bis 37 (Gesamtministerium), sowie die Abteilung J, Capitel 102 und 103 (Ministerium des Auswärtigen und Gesandtschaften), in Schlussberatung zu nehmen und die übrigen Abteilungen der Finanzdeputation A, vom außerordentlichen Staat die Titel 1 bis 11 derselben Deputation und alle übrigen Titel der Finanzdeputation B zur Berücksichtigung zu überweisen.“

Begeprediger Dr. Streit (fortsch.) trat in längeren Ausführungen für Straßenbahnen mit elektrischem Betriebe ein und tadelte, daß diesbezügliche Eingaben der Elektrizitätsgesellschaft Zwönitz und des dortigen Stadtrates von der zuständigen Stelle in Dresden erst nach 16 Monaten bezeichnet seien.

Secretär Ahnert (nat.-lib.) bemerkte, ihm sei die bedrängte Lage der Landwirtschaft aus eigener Anschauung bekannt, er verstehe also auch die Klagen, meine aber doch, daß man von vornherein diejenigen unökologischen Elemente ausscheiden müsse, denen kein Staat und kein Privatmann helfen könne. (Bravo!) Danbar wäre es gewesen, wenn neben den Klagen zum Ausdruck gebracht worden wäre, wie denn der Landwirtschaft nachhaltig geholfen werden könnte. Redner erklärte, er sei nicht einverstanden mit einer

nahmhaften Hinaussetzung der für Wasserläufe und Ufer bauten ausgeworfenen 50 000 M., wie sie Dr. Mehnert gefordert habe.

Abg. Steyer (cons.) drückt im Interesse der arbeitenden Bevölkerung von Freiberg und Umgebung den dringenden Wunsch aus, den Bergbau an und für sich noch so lange zu halten, bis eine andere Industrie in der Gegend Platz gefunden hätte.

Begeprediger Georgi (national) wies dem Abg. Goldstein nach, daß eine Neuorganisation der Gehälter und Löhne bei den Eisenbahnen auf Anregung der Kammermehrheit schon 1891 vorgenommen worden sei. Die Behauptung Goldsteins, dem es an Macht über den Unterschied von Gehalt und Lohn fehle, die Erhöhung der Beamtengehälter sei ein Werk seiner Partei, könne jedem Einzelnen nur lächerlich vorkommen. Die Erhöhung der Beamtengehälter sei nur eine Folge der vorausgegangenen Lohnherhöhung der Arbeiter.

Abg. Oppitz (cons.) bemerkte gegen Abg. Ahnert, man habe mehr eine Verbesserung der Wege als der Wasserläufe in Aussicht zu nehmen, und wendet sich in längeren Ausführungen gegen einzelne Stellen aus der Rede des Abg. Fräßdorf. Die jüngste Befestigung der untersten Steuerklasse sei auf eine Anregung des Abg. Georgi zurückzuführen. Im Prinzip verweise er eine weitere Ausdehnung der Steuerbefreiung nicht, aber gerade in der Klasse bis 600 M. Einwohnern seien nicht die verhältnissen Arbeiter, sondern unverheirathete und Dienstboten, deren Steuern vielfach von der Dienstherreise verlegt werden. Dass die Eisenbahnarbeiter allzu schlecht gestellt seien, könne nicht der Fall sein, da der Andrang außerordentlich groß sei. Bei den jüngsten Wahlen habe man nichts von einer Entrüstung gegen die Wahlrechtsverkürzung, von der Abg. Fräßdorf sprach, verstorben. Er hat die Finanzdeputation A in Erwägung zu ziehen, ob man nicht den Bergbau, welcher dem Staat in 10 Jahren ein Opfer von 22 Millionen anstrengt habe, ganz einzustellen oder zu einschränken wolle, daß nur die unbedingt erforderlichen Ausgaben gemacht werden.

Abg. Träber (fortsch.) erklärte sich bei steigender Unaufmerksamkeit der Kammer für die Gehaltserhöhung der Volksschullehrer und für die Übernahme der Alterszulagen auf den Staat, aber gegen die Vermögenssteuer.

Abg. Kluge-Deutsch-Riedel (cons.) meinte, er dürfe schon mit Rückicht auf seinen Namen nicht zurückdenken. Er halte die Verkürzung der Belegschaft unserer Bergwerke für stark genug, als daß ihr Tempo noch beschleunigt werden könne. Vor der Sozialdemokratie dürfe man keine allzu große Lenglichkeit haben, sondern müsse einsetzen für Religion, Sitte und Erziehung trotz Fräßdorf und Genossen.

Hierauf wurde gegen 11 Stimmen ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Einige persönliche und berichtigende Bemerkungen der Abg. Leybold, Fräßdorf und Goldstein folgten. Dann wurde der Antrag Uhlemann einstimmig angenommen und Überweisung des Defrets an die Reichsfinanzdeputation beschlossen.